Personaldefizite gehen zu Lasten der Opfer

19.04.2014

Eine aktuelle KfN-Untersuchung zeigt, dass es vor 20 Jahren noch bei 21,6% angezeigter Vergewaltigungen zu einer Verurteilung des Täters kam; 2012 waren es nur noch 8,4%. +++ Defizite der Personalausstattung auch am Beispiel Wohnungseinbruch angemahnt.

Eine aktuelle bundesweite Analyse des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. (KfN) zur Strafverfolgung der Vergewaltigung zeigt einen klaren Trend zu immer weniger Verurteilungen nach erfolgten Anzeigen.

Die KfN-Analyse kommt dabei zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen in den Bundesländern und sieht es dringend geboten, im Wege einer empirischen Untersuchung aufzuklären, warum die Verurteilungsquote der Vergewaltigung derart stark gesunken ist und aus welchen Gründen im Vergleich der Bundesländer diese extremen Unterschiede der Strafverfolgung auftreten.

> Als einen möglichen Aspekt dieser Entwicklung weist das KfN in seiner Pressemeldung darauf hin, dass je größer die Arbeitsbelastung der zuständigen Polizeibeamten, Staatsanwälte und Gerichte ausfällt, desto seltener enden die Strafverfahren mit einer Verurteilung des Täters.
>
> Der Zusammenhang ließe sich aber auch anders interpretieren: Je häufiger Tatverdächtige der Vergewaltigung in einem Bundesland damit rechnen müssen, verurteilt zu werden, desto niedriger fällt dort die Zahl der registrierten Vergewaltigungen aus. Dies spreche für die präventive Wirkung einer intensiven Strafverfolgung.

"Beide Aspekte", so der baden-württembergische BDK-Vorsitzende Manfred Klumpp, "stehen in unmittelbaren Zusammenhang mit der defizitären Personalsituation. Gerade die jetzt zum 01.01.2014 in Baden-Württemberg umgesetzte Polizeireform, deren Ziel eigentlich die Kompensation von rund 1.000 Fehlstellen war, zeigt nun vielerorts gnadenlos die personellen Lücken."

Im Zusammenhang mit den steigenden Fallzahlen des **Wohnungseinbruches** hatte Prof. Dr. Christian Pfeiffer der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. in der SWR-Sendung 'Zur Sache Baden-Württemberg' am 3. April 2014 schon eine bessere technische und personelle Ausstattung der Polizei reklamiert. "*Dafür zahlen wir unsere Steuern, dass die Polizei besser in der Lage ist, aufzuklären*", sieht der Kriminologe und ehemalige niedersächsische Justizminister Christian Pfeiffer den Staat in der Pflicht.

"Die Innere Sicherheit ist eine der Kernaufgaben des Staates und diese kostet Geld. Man darf Kriminalitätsbekämpfung nicht immer nur einseitig als Kostenfaktor darstellen und die durch Kriminalität verursachten volkswirtschaftlichen Schäden sowie die materiellen und immateriellen Schäden von Kriminalitätsopfern ausklammern." fordert der baden-württembergische BDK-Vize Klaus Sczepanek die Landesregierung zum Umdenken auf.

Siehe auch

- **KfN-Presseerklärung**

  Vergewaltigung: Die Schwächen der Strafverfolgung – das Leiden der Opfer

- **Mehr Wohnungseinbrüche**

  Zur Sache Baden-Württemberg! | 3.4.2014 | 20.15 Uhr | 17:32 min

Einbrecher auf Diebestour werden zu einem echten Problem. Nur jeder zehnte Täter wird von der Polizei geschnappt. Bürger greifen zur Selbsthilfe.

Schlagwörter
Baden-Württemberg
diesen Inhalt herunterladen: PDF